

30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Zur demokratischen Neugeburt der Leipziger Universität Eine alte Forderung der revolutionären Arbeiterbewegung wurde mit Hilfe der sowjetischen Genossen Wirklichkeit

Von Genossin Doz. Dr. Christa Poeggel, Sektion Marxismus-Leninismus, Karl-Marx-Universität Leipzig

Einen Eckpfeiler der demokratischen Hochschulreform, die 1945 begann, stellte die Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs dar: Arbeiter- und Bauernkinder wurden die Tore zur Hochschule geöffnet. Das waren wichtige Schritte zur Heranbildung einer neuen Intelligenz. In dem ersten gemeinsamen Aufruf der Führungen der KPD und SPD zur demokratischen Schul- und Hochschulreform vom 18. Oktober 1945 hieß es dazu ausdrücklich: „Auf dem Wege weitgehender Hilfe mittels Förderkursen und Sonderregelungen in den Hochschulen muß allen Befähigten, die durch den Hitlerfaschismus und durch reaktionäre Bildungsprivilegien bisher vom Studium ferngehalten wurden, auch unter Aufhebung herkömmlicher Aufnahmebedingungen der Weg in die Hochschulen und Universitäten erschlossen werden.“¹⁾ Dementsprechend wurde unter Führung der Arbeiterparteien, dann der SED, unterstützt durch die Gewerkschaften und demokratischen Verwaltungen, eine umfangreiche ideologische und praktische Arbeit geleistet.

Diese Regelung erwies sich jedoch in der Praxis als unzureichend. So mußte Major Pluschnikow bereits im Juli 1946 bei dem Besuch des 1. Vorbereitungslehrganges feststellen, daß sich die Verbindung von Studium und Arbeit im Betrieb nachteilig auf die Ausbildung der Vosta-Studenten auswirkte und bei Beibehaltung dieser Studienform nicht das erforderliche Niveau für ein Universitätsstudium erreicht werden konnte. Nachdrücklich forderte er deshalb die Berufsarbeit neben dem Studium aufzuheben und den Unterricht auf sieben Stunden täglich zu erhöhen. Die Lehrpläne seien konzentriert vor allem in Mathematik, Physik und Chemie bei einer Unterrichtszeit von wöchentlich 24 Stunden nicht erreicht werden. Major Pluschnikow schlug der Leitung der Vorstudienanstalt und der entsprechenden Abteilung der Landesverwaltung vor, die Stundenzahl ab sofort in diesen Fächern um zehn zu erhöhen. Auch wandte er sich energisch dagegen, daß einige Fächer, z. B. Geschichte, Geographie und Biologie, nicht unterrichtet wurden. Mit Nachdruck vertrat er den Standpunkt, „im Interesse der späteren wissenschaftlichen Leitung der Arbeiterstudierenden ... (die) Bildungsgrundlage so breit wie möglich zu halten und in keiner Weise einzusengen.“²⁾ Zugleich forderte er eine intensivere Lehr- und Lernarbeit, höchstes wissenschaftliches Niveau im Unterricht sowie den Einsatz politisch und fachlich qualifizierter Lehrkräfte an der Vosta. Wiederholt erklärte Major Pluschnikow, daß alles getan werden muß, um politisch und fachlich qualifizierte Kräfte für die Vosta zu gewinnen.

Auch der Gedanke, den 3. Lehrgang zu erweitern, wurde von Major Pluschnikow bereits Anfang 1946 in einer Aussprache mit Genossin Sacke-Gaudig und Vertretern der Landesregierung erörtert. Dabei machte der Hochschulleiter darauf aufmerksam, daß durch die Teilung des 3. Lehrganges in ein- und zweijährige Klassen und durch die Einstufung der Mehrheit der Studenten auf Grund der abgelegten Leistungsprüfungen in den Einjahreskurs im Jahre 1946 nicht genügend langfristig ausgebildete und vorbereitete Arbeiterstudierenden an die Universitäten und Hochschulen kämen. Bei der wachsenden Aufnahmekapazität der Hochschulen hätte sich die geringe Zunahme von Arbeiterstudierenden auf den Demokratisierungsprozeß hemmend ausgewirkt, und die Entwicklung der Hochschulen mit den gesellschaftlichen Erfordernissen nicht Schritt gehalten. An der Universität Leipzig waren z. B. zum Wintersemester 1946/49 4379 Studenten gegenüber 4102 Studenten im Wintersemester 1944/49 immatrikuliert. Von alledem ausgehend wies die Landesregierung Sachsen an, den zweijährigen Zyklus des 3. Vorbereitungslehrganges an den Vorstudienanstalten des Landes im Mai 1946 um etwa 200 Hörer zu erweitern und diese bis zum Herbst 1946 ebenfalls zur Abschlußprüfung zu führen.

Major Pluschnikow war nicht der einzige Vertreter der Sowjetischen Militäradministration, der an der Leipziger Vosta wirkte. Auf Bitten der Leitung der Vorstudienanstalt, die damit dem großen Interesse der Arbeiter- und Bauernstudierenden entsprach, sich mit der Geschichte und der Entwicklung der Sowjetunion vertraut zu machen, hielten weitere Vertreter der SMAD, so die Majore Krollik und Sacharow sowie Oberleutnant Schulmann Vorträge über die Sowjetunion.³⁾ Die enge freundschaftliche Zusammenarbeit der sowjetischen Offiziere mit der Leitung der Vorstudienanstalt bewährte sich auch im Herbst 1946 bei der Umföhrung der Vosta in die Arbeiter- und Bauern-Fakultät durch die tatkräftige Unterstützung einer Brigade der SMAD, der u. a. auch Major Pluschnikow angehörte. Mit Hilfe der sowjetischen Genossen gelang es, ein Unterrichtsgebäude in der heutigen Lumumbastraße zu erhalten und die Unterrichts- und wissenschaftlichen Kabinette mit modernen Unterrichtsmitteln auszustatten.

Am 1. Oktober 1946 wurde die Arbeiter- und Bauern-Fakultät der Universität Leipzig eröffnet. Als Vertreter der SMAD nahm Major Pluschnikow an der Feierstunde teil. Die anwesenden Vertreter der Universität, die Lehrkräfte und Studenten dankten ihm für seine umfangreiche Hilfe und Unterstützung bei der Entwicklung des Arbeiter- und Bauernstudiums. Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik durch die Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten unter der Führung der SED übernahmen die Staatsorgane der DDR die bisher von der SMAD ausgeübten Verwaltungsfunktionen.

Für eine demokratische Bildungsstätte

Eine alte Forderung der revolutionären Arbeiterbewegung wurde damit in der sowjetischen Besatzungszone Wirklichkeit, gestützt auf Erfahrungen, die das erste Land des Sozialismus, die UdSSR, gesammelt hatte. Das von Lenin entworfene und unterzeichnete Dekret über die Aufnahme in die Hochschulen der RSFSR vom 2. August 1918 hatte alle Hindernisse für das Arbeiter- und Bauernstudium beseitigt.⁴⁾ Vorbereitungskurse entstanden, die alsbald in Arbeiterfakultäten übergeleitet wurden. Das entsprechende Dekret über die Arbeiterfakultäten vom 17. September 1920, wiederum von Lenin unterzeichnet, legte fest: „Die Hauptaufgabe der Arbeiterfakultäten ist die umfassende Heranziehung der Arbeiter- und Bauernmassen zum Hochschulstudium.“⁵⁾ So verfügte der Sowjetstaat 1945 bereits über mehr als 20-jährige Erfahrungen des Arbeiterstudiums, die schöpferisch für den antifaschistisch-demokratischen Aufbau benutzt werden konnten. An der Seite der deutschen Kommunisten, klassenbewußten Sozialdemokraten und anderen antifaschistisch-demokratischen Kräfte leisteten die Offiziere und Soldaten der Sowjetarmee eine umfangreiche Hilfe und Unterstützung bei der Lösung der kompliziertesten politischen, ökonomischen und kulturellen Aufgaben. Einer von ihnen war Genosse Major Pluschnikow, der sich als Beauftragter der SMAD des Landes Sachsen bei der Demokratisierung des Bildungswesens und bei der Entwicklung des Arbeiterstudiums bedeutende Verdienste erwarb. Die Entwicklung unserer Universität zu einer wahrhaft demokratischen Bildungsstätte ist in den Jahren 1946-1949 untrennbar mit seinem Wirken verbunden.

Mit Hilfe der SMAD wurde die ABF gegründet

Um die Studenten der Vosta zu befähigen, den hohen Anforderungen eines Hochschulstudiums gerecht zu werden, plädierte Major Pluschnikow für die Verlängerung der Vorbereitungskurse von fünf Monaten auf ein Jahr. Die deutschen und sowjetischen Bemühungen um die Verbesserung des Arbeiterstudiums fanden Ausdruck in der Anordnung der Landesverwaltung Sachsen, ab 1. August 1946 alle Vosta-Studenten von der Berufsarbeit freizustellen.⁶⁾ Außerdem wurde verfügt, den 2. Vorbereitungslehrgang, der im Oktober 1946 begann, auf ein Jahr zu verlängern. Ab Oktober 1947 wurden dann an der Vosta ein- und zweijährige Kurse durchgeführt. Unzufrieden war Major Pluschnikow auch mit der sozialen Zusammensetzung der Studenten an der Vorstudienanstalt. Der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder war noch zu gering. Er betrug im ersten Lehrgang nur 36 Prozent bzw. 2,3 Prozent und im zweiten Lehrgang 71,9 Prozent bzw. 3 Prozent. Die Ursache dafür lag vor allem darin, daß bei der Fülle der Aufgaben, die bei der Durchführung der Vorbereitungslehrgänge zu bewältigen waren, der sozialen Zusammensetzung der Studenten anfänglich nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Der konsequenten Haltung von Major Pluschnikow ist es mit zu verdanken, daß der Anteil der Arbeiterkinder von Lehrgang zu Lehrgang systematisch erhöht werden konnte. Im 4. Lehrgang betrug er bereits 93,2 Prozent.

Quellennachweis:

- 1) Aufruf des ZK der KPD und des Zentralkomitees der SPD vom 18. Oktober 1945 zur demokratischen Schulreform. In: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Berlin 1959, S. 213
- 2) Lenin, Über die Aufnahme in die Hochschulen der RSFSR, sowie Wortlaut des „Beschlusses des Rates der Volkskommissare über die bevorzugte Aufnahme von Vertretern des Proletariats und der armen Bauernschaft in die Hochschulen“, in: Lenin, Über Wissenschaft und Hochschulwesen, Berlin 1969, S. 158 sowie 340/341
- 3) Beschluß des Rates der Volkskommissare über die Arbeiterfakultäten, a. a. O. S. 352/353
- 4) Bericht über den Besuch des Major Pluschnikow am 2. 8. 1946 in Leipzig. In: Verwaltungsarchiv beim Rat der Stadt Leipzig, Akte Nr. 2736/23
- 5) Schreiben vom 16. 9. 1947, in ABF-Akten der TH Karl-Marx-Stadt, Nr. A 146
- 6) Landeshauptarchiv Dresden, Akte Nr. 3/3061, Blatt 358, 365, 363 und Akte Nr. 3/3519/2, Blatt 315
- 7) Bericht an die Landesverwaltung Sachsen, Abt. Schulwesen, vom 23. 8. 1946, in: Akten der Frau Sacke-Gaudig, Schriftverkehr mit der Landesregierung und Archiv der UPL Leipzig, Akte Nr. VI, ABF, 8a, 1947-1953

Viele Probleme mußten bewältigt werden

Major Pluschnikow richtete sein Hauptaugenmerk auf die Durchsetzung und die allseitige Förderung des Arbeiterstudiums. Regelmäßig besuchte er die Vorbereitungslehrgänge für junge Arbeiter auf das Hochschulstudium, die durch Verordnung der Landesverwaltung Sachsen vom 12. 2. 1946 eingerichtet worden war. Er kontrollierte die Lehrpläne und erkundigte sich nach dem Ausbildungsstand. Er gab der Leitung der Vorstudienanstalt (Vosta), insbesondere der Genossin Rosemarie Sacke-Gaudig als stellvertretender Direktorin bzw. Direktorin viele wertvolle Ratschläge zur Verbesserung der Ausbildung. Er bemühte sich dabei um die Abschaffung des sogenannten Werkstudententums; die Erhöhung der Effektivität des Lehr- und Erziehungsprozesses sowie um die ständige Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der Studenten. Als die Vorbereitungskurse im März 1946 begannen, hatten die Vosta-Studenten täglich nur vier Stunden Unterricht, da sie neben ihrem Studium noch in ihren Betrieben arbeiteten.

Mit Hilfe der SMAD wurde die ABF gegründet

Um die Studenten der Vosta zu befähigen, den hohen Anforderungen eines Hochschulstudiums gerecht zu werden, plädierte Major Pluschnikow für die Verlängerung der Vorbereitungskurse von fünf Monaten auf ein Jahr. Die deutschen und sowjetischen Bemühungen um die Verbesserung des Arbeiterstudiums fanden Ausdruck in der Anordnung der Landesverwaltung Sachsen, ab 1. August 1946 alle Vosta-Studenten von der Berufsarbeit freizustellen.⁶⁾ Außerdem wurde verfügt, den 2. Vorbereitungslehrgang, der im Oktober 1946 begann, auf ein Jahr zu verlängern. Ab Oktober 1947 wurden dann an der Vosta ein- und zweijährige Kurse durchgeführt. Unzufrieden war Major Pluschnikow auch mit der sozialen Zusammensetzung der Studenten an der Vorstudienanstalt. Der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder war noch zu gering. Er betrug im ersten Lehrgang nur 36 Prozent bzw. 2,3 Prozent und im zweiten Lehrgang 71,9 Prozent bzw. 3 Prozent. Die Ursache dafür lag vor allem darin, daß bei der Fülle der Aufgaben, die bei der Durchführung der Vorbereitungslehrgänge zu bewältigen waren, der sozialen Zusammensetzung der Studenten anfänglich nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Der konsequenten Haltung von Major Pluschnikow ist es mit zu verdanken, daß der Anteil der Arbeiterkinder von Lehrgang zu Lehrgang systematisch erhöht werden konnte. Im 4. Lehrgang betrug er bereits 93,2 Prozent.

Mit dem Sieg der UdSSR und der anderen Kräfte der Antihitlerkoalition über den Hitlerfaschismus ging im Mai 1945 zugleich die staatliche Form der kapitalistischen deutschen Nation unter. Von dieser historischen Tatsache ausgehend, wird nun des öfteren die Frage gestellt, was die deutsche Nation im Zeitraum von 1945 bis 1949 war? Es ist dies bekanntlich die zeitliche Spanne vom Untergang der alten staatlichen Form bis zur Bildung zweier staatlichen Formen auf deutschem Boden - der BRD und der DDR. Im genannten Zeitraum existierte meines Erachtens die deutsche Nation als eine sozial-ethische Gruppe von Menschen, dem deutschen Volk. Es gliederte sich in verschiedene soziale Klassen und Schichten und war noch durch wirtschaftliche, territoriale und andere Gemeinsamkeiten charakterisiert. Die politische Hauptkraft des deutschen Volkes bildete die Arbeiterklasse, die berufen war, sich zum Führer der deutschen Nation durch die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft zu erheben. Das deutsche Volk und insbesondere die Arbeiterklasse standen in dieser konkret-historischen Situation in der Entscheidung der Frage Wer - Wen? In Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus hatte die Frage Wer - Wen? folgenden spezifischen Inhalt: Über die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in allen Besatzungszone den Weg zum Sozialismus im Rahmen des vom Potsdamer Abkommen fixierten nationalen Bestandes Deutschlands zu öffnen.

Klasse, Staat, Nation und Nationalität

Teil 6: Die Frage Wer - Wen?
Von Prof. Dr. G. Harder, Franz-Mehring-Institut

staurierung des Imperialismus zu erhalten. „Der Imperialismus hatte sehr wohl erkannt, was auf dem Spiel stand. Ein einheitlicher, demokratischer antifaschistischer Staat zwischen Oden und Rhein hätte das Kräfteverhältnis in Europa grundlegend geändert, so daß unüberschaubare Folgen für das imperialistische System erwachsen wären.“ (H. Asen: Zur Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR, Berlin 1973, S. 9). Diese Veränderung des Kräfteverhältnisses konnte nur über die staatliche Spaltung Deutschlands verhindert werden. Dafür gibt es ein aufschlußreiches Dokument. Am 5. Oktober 1945 legte K. Adenauer in einem Interview mit dem Vertreter des „New Chronicle“ seine Auffassung wie folgt dar: „Die drei zerschnittenen Teile der nicht rassistisch besetzten Zonen würden schon automatisch nach Wiedervereinigung ... mit dem russisch besetzten alten Reich streben. Man kehre ihr Gesicht geradezu nach dem Osten, nicht nach dem Westen. Es ist notwendig, die drei Teile der nicht russisch besetzten Gebiete ...

rechten sozialdemokratischen Führer um Schumacher leisteten dabei durch Hilfe, indem sie die Aktions-einheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in den Westzonen verhinderten. Hierbei gibt es das Prinzip des Sozialen vor dem Nationalen - wenn auch in einem negativen Sinne - zu beachten: Die Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterbewegung in den Westzonen war eine tiefe staatliche Spaltung Deutschlands sowie die Bildung der kapitalistischen BRD begünstigende Bedingung. Die Adenauer-CDU verknüpfte die BRD von vornherein mit den Interessen der Westmächte. Das Beweisen der Abschluß des „Sicherheitsmemorandum“ zwischen der BRD und den USA (1950), des „Generalvertrages“ (1952), die Unterzeichnung der Pariser Verträge (1954) und der Eintritt in die NATO (1955). „Das deutsche Monopolkapital vollendete seinen nationalen Verrat, indem es im Interesse der Rettung und Wiederherstellung seiner eigenen Klassenherrschaft Deutschland und das deutsche Volk spaltete. Es bildete den westdeutschen Separatstaat und ketzte ihn durch die Pariser Verträge an die Interessen der imperialistischen Westmächte, vor allem der USA.“ (Bericht des ZK an den VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971, S. 31). Da in den Westzonen die antifaschistisch-demokratische Umwälzung nicht angeleitet werden konnte, war es auch nicht möglich, den Weg zum Sozialismus zu öffnen. Das heißt, in den Westzonen wurde die Entscheidung der Frage Wer - Wen? im genannten Sinne verhindert. Die BRD stellte von vornherein die staatliche Form der kapitalistischen deutschen Nation dar. Hierbei bezieht sich die Einschätzung, daß in der BRD die kapitalistische Nation fortbesteht, auf den Typ der Nation, nicht aber auf die Entstehung des staatlichen Rahmens. Gestützt auf die Befreiung der UdSSR, auf die Hilfe der Sowjetarmee, beschränkte die Werktätigen der sowjetischen Besatzungszone unter Führung der SED den Weg zur Überwindung des Imperialismus. Über die Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse und der anderen antifaschistisch-demokratischen Kräfte, die Enteignung der Kriegsverbrecher, Monopollen und Junker, die Bodenreform und die Schaffung demokratischer Verwaltungsorgane entstand die DDR. Die Gründung der DDR war bereits Ergebnis der beginnenden revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft und stand somit in Übereinstimmung mit den Erfordernissen unserer Epoche. So lange es möglich war, verknüpfte die SED und die Regierung der DDR die revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft in unserer Republik mit dem Kampf gegen die staatliche Spaltung der deutschen Nation. Erinnert sei hier an die Vielzahl von Vorschlägen von 1949-1955 und danach. Zugleich wurde in Weiterführung der sozialistischen Revolution auf dem Territorium der DDR die nationale Frage gelöst. Mit dem Übergang von der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern zur Diktatur des Proletariats, erhab die Arbeiterklasse der DDR ihre Klassenlinie zum Typ der Nation. Im Prozeß der Schaffung weiterer Grundlagen des Sozialismus (ökonomisch, politisch, ideologisch und geistig-kulturell) entstand und formierte sich die sozialistische Nation in der DDR.